



Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2016**

Die Niederschrift des Kreisausschusses vom 22.06.2016 wird bestätigt.

***zugestimmt***

**Zu TOP 4 Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung einer überplanmäßigen Auszahlung für den Neubau der Cafeteria und Verwaltung am Oberstufenzentrum, Standort Eisenhüttenstadt, Waldstraße (Produktkonto 23110.7851306010) in Höhe von 410.000 €  
Vorlage: 041/2016**

Da es zur Vorlage 041/2016 keine Nachfragen bzw. Wortmeldungen gibt, bittet der Landrat um die Zustimmung der Abgeordneten zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 5 Genehmigung einer Eilentscheidung über die Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für die Unterbringung von unbegleiteten und begleiteten minderjährigen Flüchtlingen  
Vorlage: 039/2016**

Es gibt keine Wortmeldungen der Abgeordneten und Herr Zalenga bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 6 Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für Personalkosten im Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 042/2016**

Der Landrat bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag. Es gibt hier ebenfalls keine Wortmeldungen der Abgeordneten.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 7 Überplanmäßiger Aufwand/überplanmäßige Auszahlung für die Hilfe zur angemessenen Schulausbildung im Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 040/2016**

Herr Hilke, CDU-Fraktionsvorsitzender, fragt nach, ob der Eigenanteil von ca. 20 % auch schon geleistet werden musste, bevor das Pilotprojekt durch das Land gestartet wurde. Herr Buhrke erklärt, dass es sich hierbei um Ausgaben der Sozialhilfe handelt, die bereits im Vorfeld geregelt wurden.

Herr Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler, fragt nach den Gründen der drastisch gestiegenen Kosten und schlägt vor, mit der Landesregierung Gespräche dahingehend zu führen, dass die durch die Inklusion entstandenen Kosten nicht auf der Landkreise verteilt werden können. Herr Buhrke beantwortet seine Anfrage.

Es gibt keine weiteren Nachfragen und Herr Zalenga bittet die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage 040/2016 in den Kreistag.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Enthaltung 1*

**Zu TOP 8            Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des LOS im Zeitraum 2017 - 2022 ff**  
**Vorlage: 036/2016**

Herr Buhrke unterbreitet den Abgeordneten den Vorschlag, die Änderungsanträge aus den Fachausschüssen zur Prioritätenliste zusammenzufassen und den Abgeordneten zum Kreistag am 05.10.2016 zur Abstimmung vorzulegen.

Herr Dr. Zeschmann kann die in der Prioritätenliste aufgeführten Kosten für den Neubau der Spree-Oberschule Fürstenwalde nicht nachvollziehen und fühlt sich von der Verwaltung „über den Tisch gezogen“.

Daraufhin erläutert der Landrat, dass er den aufgeführten Argumenten von Herrn Dr. Zeschmann nicht folgen kann. Er verweist auf das Schulgesetz und erklärt, dass zukünftig sicherlich noch weitere Schulen in die Trägerschaft des Landkreises übergehen werden.

Herr Papendieck, SPD-Fraktion, kritisiert den Redebeitrag von Herrn Dr. Zeschmann, da im Finanzausschuss bereits ausgiebig über diese Thematik diskutiert wurde. Er betont, dass Bildungspolitik immer eine gute Investition ist.

Danach bezieht sich Herr Hilke ebenfalls auf die Spree-Oberschule in Fürstenwalde. Er kann den in der Begründung aufgeführten Kapazitätsbedarf von 450 Kindern nicht nachvollziehen, da die Flüchtlingszahlen zurückgegangen sind. Die anschließende Erklärung von Frau Huschenbett stellt für Herrn Hilke keine ausreichende Begründung dar. Herr Buhrke bezieht sich ebenfalls auf den Sachverhalt und der Landrat erklärt daraufhin, dass Herr Hilke im nächsten Kreistag am 05.10.16 vom zuständigen Fachamt eine entsprechende Antwort auf seine Frage erhalten wird.

Des Weiteren fragt Herr Hilke, ob der Neubau eines Asylbewerberheimes in Schöneiche erforderlich ist, da die Asylbewerber schrittweise in Wohnungen untergebracht werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob der Landkreis „durch die Hintertür in den sozialen Wohnungsmarkt“ einsteigen möchte, so Herr Hilke. Herr Buhrke beantwortet anschließend die Fragen von Herrn Hilke.

Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, betont, dass das angestrebte Ziel in erster Linie die Unterbringung der Asylbewerber in Wohnungen ist und nicht Gemeinschaftsunterkünfte.

Er betont, dass es angemessen und zweckmäßig ist, den Wohnraum in Schöneiche später für einkommensschwache Familien zu nutzen.

Herr Hilke schlägt vor, die Begründung der Maßnahme 10-7 dahingehend zu präzisieren, dass zu erkennen ist, dass es sich beim Neubau des Asylbewerberheimes um kleinere Wohnungen handelt. Der Landrat stimmt dem Vorschlag zu.

Abschließend bittet der Landrat die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage 036/2016 mit den zugesagten Veränderungen zur Maßnahme 10-7 in den Kreistag.

**Mehrheitlich zugestimmt**

Nein 1

**Zu TOP 9            Richtlinie zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren gemäß § 22 SGB VIII  
im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 030/2016**

Frau Kilian, SPD-Fraktionsvorsitzende, verweist darauf, dass der geplante Termin des Jugendhilfeausschusses auf den 15.09.2016 verschoben wurde. Sie geht davon aus, dass die Richtlinie am 15.09.2016 Zustimmung erhalten wird, da die Vorlage 030/2016 bereits im Unterausschuss am 08.09.2016 Zustimmung fand.

Herr Hilke, CDU-Fraktionsvorsitzender, fragt nach, welche Gemeinden beantragt haben, ein Eltern-Kind-Zentrum auszubauen und worin der qualitative Ausbau der Zentren besteht. Er schlägt vor, dass die geplanten zusätzlichen Zentren ausschließlich auf Antrag der entsprechenden Kommunen entstehen sollten.

Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, informiert, dass die Vorlage 030/2016 im Finanzausschuss am 12.09.16 die Zustimmung der Abgeordneten gefunden hat.

Herr Dr. Zeschmann, Fraktionsvorsitzender BVB/Freie Wähler, betont, dass es sinnvoll, notwendig und angemessen wäre, dass wegen des erhöhten Finanzbedarfs die Eltern-Kind-Zentren nicht flächendeckend geschaffen werden. Er verweist darauf, dass durch den Mehrbedarf an Finanzen die Gefahr einer Erhöhung der Kreisumlage steigt. Er schlägt vor, dass in der Richtlinie Seite 2 unter Pkt. 3 der Zusatz „nur auf Antrag von Städten und Gemeinden“ eingefügt wird.

Herr Isermeyer beantwortet ausführlich die Anfragen und betont, dass nur bei Bedarf der Kommunen Zentren ausgebaut und neu geschaffen werden.

Abschließend bittet Herr Zalenga die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage 030/2016 in den Kreistag.

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Enthaltung 2*

**Zu TOP 10      Sitzungsplan 2017  
Vorlage: 028/2016**

Der Landrat verweist auf die eingebrachten Änderungsvorschläge von 2 Fachausschüssen. Danach sollen der Werksausschuss KWU vom 22.08. auf den 29.08.2017 und der Ordnungsausschuss vom 02.03. auf den 23.02.2017 verschoben werden.

Er bittet die Abgeordneten, den Sitzungsplan 2017 mit den vorgeschlagenen Veränderungen der Fachausschüsse in den Kreistag zu verweisen.

***einstimmig zugestimmt***

Manfred Zalenga

Vorsitzender des  
Kreisausschusses

stellv. Vorsitzende des  
Kreisausschusses

Renate Wießner

Schriftführer/in